

WankdorfCity: Wohnungen und Lärmschutz mit Solarenergie

Ausgangslage

In der Volksabstimmung vom 26. September 2010 wurde für die Erstellung der Infrastruktur zur Realisierung der ersten 90'000 m² BGF ein Kredit von 25.64 Mio Fr. (gesamt 46.44 Mio Fr.) gesprochen.

Gebaut werden in der ersten Etappe des neuen Stadtquartiers aber nur ca. 60'000 m² Dienstleistungsflächen, keine einzige Wohnung.

Den Einsatz erneuerbaren Energien haben die Bauträger Losinger/Post und SBB bisher nicht geplant.

Problematik

Das Baugesuch vom März 2011 'Aussenraum Wankdorfcity' zeigte nun auf, dass in der ersten Bauphase zwischen 50'000 m² und 60'000 m² BGF realisiert werden. Eine diesbezügliche Anfrage bei der Verwaltung bestätigte dies. Auf Grund des Fahrtenmodells könnten z.Z. nur max. 60'000 m² BGF realisiert werden. Eine zusätzliche Wohnnutzung von 30'000 m² BGF wäre allerdings trotz Fahrtenmodell möglich!

Neue Ausgangslage

Die Bevölkerung der Stadt Bern hat sich bereits in der Volksabstimmung vom 28. November 2010 klar für den Atomausstieg ausgesprochen. Am 27. Mai 2011 beschlossen der Bundesrat und am 08. Juni 2011 der Nationalrat den Ausstieg aus der Atomenergie! Mit dieser neuen Ausgangslage muss die Stadt Bern ihre laufenden Projekte dringend und sofort überprüfen.

Bei der Stadttangente N1, welche an das neue Stadtquartier WanddorfCity angrenzt und sich z.Z. im Ausbau befindet wurde die Stützmauer bereits so verstärkt, dass die spätere Montage einer Lärmschutzwand ohne weiteres möglich ist.

Mit der Lärmschutzwand ist der Bau von Wohnungen (ca. 30'000 m² BGF) definitiv möglich und zudem kann Trägerelement der Lärmschutzwand auch für die Montage dachintegrierter Solarpanels (ca. 600 m lang und mindestens 7 m breit = 4'200 m²) verwendet werden. Die Stromproduktion wird in etwa dem Stromverbrauch von 150 – 300 Haushalten je nach Ausbaustandard und der Hälfte der Stromproduktion des Stade de Suisse entsprechen.

Forderung an den Gemeinderat

Die Einsprachefristen zur Abstimmung vom 26. September 2010 und die für Baugesuche der SBB, der Post und zur Umgebungsgestaltung sind abgelaufen, die Projekte möglicherweise bereits genehmigt. Deshalb wird der Gemeinderat aufgefordert, dem Stadtrat möglichst schnell eine neue Vorlage zu unterbreiten:

1. Für eine Lärmschutzwand, die zudem als Träger für die Solarpanels verwendet werden kann, klärt der Gemeinderat mit dem Bund und dem ewb die mögliche Fläche ab, ermittelt die Kosten und zeigt die Finanzierung für die Umsetzung der Anlage auf.
2. Für die Realisierung der fehlenden 30'000 m² BGF klärt er mit Wohnbaugesellschaften die Erstellung von Wohnungen mit verschiedenen Ausbaustandards ab und die Erstellung von Townhouses.
3. Für das neue Stadtquartier legt der Gemeinderat sodann dem Stadtrat eine Energiebilanz auf Grund der angepassten Massnahmen vor.